

an Schwerpunkthochschulen der Anteil der ländlichen Studenten seit den 90er Jahren abnimmt. Auch sei der Anteil der städtischen Teilnehmer an den Hochschulprüfungen seit 1997 immer stärker gestiegen als der der ländlichen und habe 2001 erstmals insgesamt den der ländlichen übertroffen. So habe die Ausweitung der Studentenzahlen nach 1999 zuerst der Stadtbevölkerung genutzt. Vergleiche man nun aber die Meldeszahlen von 2004 mit denen von 1998, dann seien sie sowohl für Stadt- als auch für Landbewohner jeweils um das 1,29fache gestiegen, womit beide Gruppen gleichauf liegen.

Für Frauen zeigt diese Untersuchung eine deutliche Verbesserung ihrer Bildungssituation. Ihr Anteil an den Studenten allgemeiner Hochschulen ist von 38,31% im Jahre 1998 auf 43,95% im Jahr 2002 angestiegen, dabei nahm ihr Anteil an den erfolgreichen Doktoranden sogar noch schneller, nämlich um 10 Prozentpunkte zu.

Als Flaschenhals der Bildungserechtigkeit identifiziert die Untersuchung die Sekundarstufe II. 2002 konnten nur 58,3% der Abgänger der Sekundarstufe I auf die oberen Mittelschulen wechseln, 7,6% mehr als noch 1998; die Übergangsrate von der Sekundarstufe II auf die Hochschulen wuchs im gleichen Zeitraum allerdings um 37,4 Prozentpunkte auf 83,5%.

Bildungsminister Zhou Ji betonte am 18. Februar gegenüber Reportern der *Volkszeitung* erneut die besonderen Fördermaßnahmen seines Ministeriums für ländliche Schüler und Studenten. Für Erstere gelte das Förderprinzip der „zwei Reduktionen und des einen Zuschusses“ (*liang mian yi bu*). Bis 2007 sollen 30 Mio. Schüler aus armen Familien in den Genuss kostenloser Schulbücher und des Erlasses „zusätzlicher Schulgebühren“ (*zafei*) kommen bzw. Zuschüsse für Internatsaufenthalte erhalten. Für Studenten aus armen Familien gebe es verschiedene Unterstützungsmaßnahmen, darunter Stipendien und Beihilfen. Dem ärgerlichen und für Unruhe sorgenden Problem der

willkürlichen Schulgebühren (*jiaoyu luan shoufei*) soll durch das „Projekt Sonnenlicht“ (*yangguang gongcheng*) begegnet werden. Dieses sieht eine völlige Offenlegung der Aufnahmepolitik, -prozeduren und -ergebnisse der Hochschulen vor.

Mit einer gewissen Zufriedenheit berichtet das Bildungsministerium auf der ersten Pressekonferenz im Jahr auch von der „passenden Unterstützung der Hochschulen in den Westprovinzen“, für die vor knapp vier Jahren ein Plan aufgestellt worden war. Seit Juni 2001 ist es danach zu 120 Verträgen zwischen unterstützenden und unterstützten Hochschulen gekommen, 464 Hochschullehrer wurden geschickt, über 5 Mio. Yuan gespendet, Ausrüstungen im Werte von 12 Mio. Yuan, Software mit einem Marktwert von über 100 Mio. Yuan und Bücher im Werte von 1,65 Mio. Yuan gegeben. Die Unterstützung soll auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden. Noch in diesem Jahr soll sie für Xinjiang und Tibet von sechs auf alle Hochschulen ausgeweitet werden. Von 2006-2007 sollen dann alle 20 Hochschulen der Inneren Mongolei, Ningxias und Guangxis (bisher 3) und bis 2010 alle 100 Hochschulen der übrigen Westprovinzen (derzeit 7) einbezogen werden. (RMRB, 16., 20.2.05; GMRB, 27.2.05; XNA, 2.3.05)

Gesellschaft

Günter Schucher

24 Machtkampf der Umweltbehörde gegen Energieriesen unentschieden

Von den 30 Großprojekten mit einem Gesamtvolumen von 188 Mrd. Yuan, die die Chinesische Umweltbehörde SEPA (State Environment Protection Administration) in einem viel beachteten Schritt vorläufig gestoppt hatte (s. C.a., 2005/1, Dok 25), sind inzwischen 26 wieder in Betrieb. Ein Großteil der gestoppten Projekte betrafen den für

China angesichts der seit zwei Jahren anhaltenden Energiekrise äußerst sensitiven Energiesektor. Die SEPA hatte Mitte Januar öffentlich wirksam die im Bau befindlichen 30 Projekte angewiesen sofort die Arbeiten einzustellen. Einige Großprojekte hatten sich allerdings zunächst über die Anweisung hinweggesetzt. Besondere Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang erhielten drei Projekte der Three Gorges Project Group. Zum einen, das Xiluodu-Projekt am oberen Yangzi, das das zweitgrößte Kraftwerk Chinas werden soll und von Umweltschützern scharf kritisiert wird, sowie zwei weitere Teilprojekte des Drei-Schluchten-Staudamms. Der Betreiber, ein staats-eigenes Unternehmen mit Ministerialrang, hatte sich zunächst geweigert der Baustopp-Anweisung durch die SEPA Folge zu leisten und es kam zu einem öffentlichkeitswirksamen Streit mit der Umweltbehörde. Letztendlich musste der Energiekonzern einlenken. Nachdem der Vizeminister der SEPA, Pan Yue, Anfang Februar verkünden konnte, dass alle beanstandeten Projekte erfolgreich gestoppt wurden, konnte eines von ihnen, ein Milliardenprojekt der China Huadian in der Provinz Guizhou, bereits Tage später wieder den Baubetrieb aufnehmen. Die China Huadian wurde zuvor von Präsident Hu Jintao im Rahmen einer Kraftwerksbesichtigung in Guizhou zum chinesischen Neujahr am 10. Februar ausdrücklich gelobt.

Mu Guangshen von der Umweltbehörde äußert in der Hongkonger *South China Morning Post* vom 17.2., dass die 26 Projekte, welche die Arbeiten wieder aufnehmen durften, lediglich kleine Probleme gehabt hätten oder die seit September 2003 gesetzlich vorgeschriebene Umweltfolgenprüfung durch die SEPA zwar übergangen hätten, diese aber nachgeholt hätten und deshalb weiterverfolgt werden könnten. Auch für das umstrittene Xiluodu-Projekt der Three Gorges Project Group sei die Genehmigung der SEPA in Vorbereitung. Hintergrund des ungewöhnlich öffentlich ausgetragenen Streits ist offensichtlich der

Versuch der staatlichen Umweltbehörde sich als ernst zu nehmender Player im Feld der chinesischen Regierungsbehörden und Ministerien zu etablieren. In einem ähnlichen Machtkampf hatte sich schon vorher der ebenfalls als Papiertiger geltende Nationale Rechnungshof erfolgreich Respekt verschafft.

Fachleute sind sich uneinig, ob die Aktion der Behörde als Erfolg zu werten sei, nachdem nun die meisten Projekte wieder aufgenommen wurden. Jin Ruilin von der Beijing-Universität und im wissenschaftlichen Beirat der SEPA vermutet, dass zu erwartende ökonomische Verluste bei einem längeren Baustopp den Ausschlag der Entscheidung gaben, und Li Dun von der Qinghua-Universität in Beijing stellt die Frage, wozu das Umweltrecht überhaupt existiere, wenn alle Projekte weiterlaufen dürften. Yang Xin von der Green River NGO, die sich für ökologisch nachhaltige Entwicklung von Yangzi und Gelbem Fluss einsetzt, zeigt sich hingegen erfreut, dass überhaupt ein zwischenzeitlicher Baustopp durchgesetzt werden konnte, räumt aber ein, dass ein kompletter Stopp von Großprojekten derzeit höchst unwahrscheinlich sei. Entscheidend scheint mangels immer noch schwacher rechtlicher Sanktionsmöglichkeiten zu sein, wie sich die höchste Regierungsebene entscheidet. So sind die Ereignisse wohl auch als ein von höchsten Stellen legitimierter Warnschuss an die Großunternehmen zu werten, künftig besser mit der Umweltbehörde zu kooperieren.

Die Umweltbehörde hat am 27. Januar bereits die nächsten Ziele ins Visier genommen und 46 Wärmekraftwerke angewiesen, die vorgeschriebenen, aber nicht benutzten, Entschwefelungsanlagen einzusetzen, um dem gravierenden Problem des sauren Regens in China Herr zu werden. Weitere Akte dieses öffentlich ausgetragenen Machtkampfes sind zu erwarten.

Trotz des nur teilweisen Erfolges gibt sich SEPA Vizeminister Pan Yue in einem *Spiegel*-Interview optimistisch und kämpferisch. Er äußert

sich am Vorabend des Volkskongresses Anfang März ungewohnt offen über den in vielen Bereichen katastrophalen Zustand der Umwelt in China und die politischen Rahmenbedingungen. Laut Pan verbrauche China bei der industriellen Produktion relativ fast dreimal so viel Ressourcen wie sogar Indien, habe ein Viertel der Chinesen kein Zugang zu sauberem Trinkwasser, lägen fünf der zehn verschmutztesten Städte der Welt in China und sei Lungenkrebs bereits Todesursache Nr. 1 in Beijing. Er rechnet vor, dass China bereits heute 8-15% seines BIP durch Umweltschäden wieder verliere ohne die Gesundheitskosten einzurechnen. Pan prognostiziert bis zu 150 Millionen ökologische Flüchtlinge in der Zukunft, sollte der Raubbau an der Natur wie bisher weitergehen. Er kritisiert den „Denkfehler“ der „Wachstumsfanatiker in Beijing“, das ökonomische Wachstum werde China in die Lage versetzen mit den ökologischen Risiken fertig zu werden. Pan ist der Auffassung, dass unter gegebenen Bedingungen das chinesische Wirtschaftswunder bald zu Ende sei und eine Vielzahl von verheerenden Umweltkrisen das Land heimsuche, bevor es wirtschaftlich stark genug ist diese zu bewältigen. Um dies zu verhindern, fordert er unter anderem die Einführung eines grünen BIP zur Messung der Leistung von Funktionären, welches die Kosten der Umweltbelastung mit berücksichtigt. Ein Pilotprojekt dafür ist bereits dieses Jahr in zehn wichtigen Provinzen und Regierungsbezirken, unter anderem in Beijing und Guangdong, gestartet. Pan fordert weiterhin auch ausdrücklich mehr politische Mitspracherechte der Bürger, damit alle Bevölkerungsgruppen ihre Interessen wahren können, und eine Weiterentwicklung des Rechtssystems. („Hu Jintao zai Guizhou yu qunzhong yingdu chunjie“, <http://www.china-court.org/public/detail.php?id=150258>; „Prevention better than cure“, <http://www.bjreview.com.cn/En-2005/05-11-e/11-china-3.htm>; XNA, 27.1., 2.2.05; SCMP, 17.2.05; TS, 5.2.05; ST, 5.2.05; *Der Spiegel*, 7.3.05) -Christoph Steinhardt-

25 Weitere Maßnahmen im Kampf gegen HIV/AIDS

Die chinesische Regierung bleibt offenbar weiter dem bereits Ende 2003 eingeschlagenen offensiveren Kurs im Kampf gegen die Epidemie treu. Wie bereits zum Welt-Aids-Tag im Dezember 2003 und 2004 zeigten sich Vertreter der höchsten Regierungsorgane öffentlich mit HIV-Infizierten und AIDS-Waisen. Während der Feiertage zum Frühlingsfest Anfang Februar besuchte Premier Wen Jiabao zusammen mit weiteren Regierungsmitgliedern Dörfer in dem besonders schwer betroffenen Kreis Shangcai der Provinz Henan.

Die chinesische Regierung scheint auch zunehmend offen für Zusammenarbeit mit Nichtregierungsinitiativen zu sein. Laut *Wall Street Journal* vom 23. März hat Ex-US-Präsident Clinton im Februar als Vorsitzender der Clinton Foundation ein Abkommen mit dem chinesischen Gesundheitsministerium über freie Medikamente im Wert von 10 Mio. US\$ für 200 Kinder unterzeichnet. Clinton äußerte sich in diesem Zusammenhang lobend über die Anstrengungen der chinesischen Regierung. Am 18. März fand in Beijing eine gemeinsame Konferenz der GBC (Global Business Coalition on HIV/AIDS), einer Initiative der Privatwirtschaft, die kürzlich eine Genehmigung erhalten hat, eine Außenstelle in Beijing einzurichten, und des chinesischen Gesundheitsministeriums in Beijing statt. Der Vorsitzende der GBC, der ehemalige UN-Botschafter der USA Richard Holbrooke, lobte ebenfalls die neue Offenheit Chinas im Kampf gegen AIDS, wohingegen Länder wie Russland und Indien weiterhin die Problematik leugneten. Er forderte die Wirtschaft in China auf, sich aktiv an Initiativen der GBC zu beteiligen. Gesundheitsministerin und Vizepremier Wu Yi kündigte an, gesetzliche Regelungen zu verbessern und die finanziellen Mittel für kostenfreie Behandlung und Pflege von AIDS-Kranken zu erhöhen. Sie betonte ausdrücklich, alle Sektoren der Gesellschaft im Kampf gegen die Verbreitung von AIDS in China ein-

binden zu wollen. Vizegesundheitsminister Wang Longde sagte, die Regierung habe gelernt, dass in einigen Bereichen die Mitarbeit von NGOs nicht nur förderlich, sondern sogar effektiver sei als die Arbeit von Regierungsstellen.

Das Gesundheitsministerium kündigte im Februar an, bis 2008 auf den Einsatz von kommerziell gewonnenem Spendenblut vollständig zu verzichten und in Krankenhäusern nur noch freiwillig gespendetes Blut einzusetzen. Dies ist Teil der Maßnahmen, um die kriminellen Aktivitäten im Zusammenhang mit kommerziellen Blutbanken zu unterbinden. Ein Sprecher des Ministeriums berichtete darüber hinaus im März über Schließungen von landesweit 147 illegalen Blutbanken seit Mai 2004 und der Bestrafung von zahlreichen weiteren Unternehmen und Individuen in diesem Bereich wegen unerlaubter Methoden. Vor diesem Hintergrund erhält auch der Besuch von Ministerpräsident Wen in Henan eine gewisse Brisanz. Denn besonders in Henan sind in einigen Regionen weltweit mit die höchsten Prävalenzraten zu finden, da hier die Krankheit durch unsaubere Methoden beim Bluthandel stark verbreitet wurde. Allerdings ist nicht bekannt, ob Wen auch die beteiligten Partei- und Regierungskader kritisierte.

Weiterhin plant das Gesundheitsministerium eine nationale Datenbank für HIV/AIDS-Patienten einzurichten. Bisher ist nur ein Bruchteil der Infizierten und Kranken offiziell registriert. Alle Provinzen würden darüber hinaus ab diesem Jahr kostenlose HIV-Tests anbieten. In der Provinz Guangxi ist inzwischen die Entwicklung eines HIV-Impfstoffes in die klinische Testphase gegangen. Anfang März haben die ersten Freiwilligen den Impfstoff erhalten. Wie die Nachrichtenagentur Xinhua am 12. März berichtete, hat die Politische Konsultativkonferenz auf ihrer jährlichen Tagung außerdem einen Regelungsentwurf für Prinzipien und Richtlinien in der chinesischen Anti-AIDS-Politik erarbeitet. Dort sollen explizit Rollen und Verantwortlichkeiten der verschiedenen

Regierungsorgane und Verwaltungsebenen festgelegt werden sowie die Nichterfüllung von Pflichten unter Strafe gestellt werden.

Trotz dieser offensiven Maßnahmen muss China anscheinend noch eine Reihe von Hindernissen hin zu einer erfolgreichen Eindämmung der Krankheit aus dem Weg räumen. Unabhängige Beobachter berichten auch jetzt immer wieder über Fälle von durch lokale Behörden gedeckte kriminelle Aktivitäten im Zusammenhang mit Blutspenden. Der angestrebte vollständige Verzicht auf kommerziell gespendetes Blut deutet darauf hin, dass sich die Regierung momentan offenbar nicht in der Lage sieht, die illegalen Aktivitäten in diesem Bereich sicher zu unterbinden. Auch leisten lokale Kader anscheinend noch vielfach Widerstand gegen eine offenere AIDS-Politik und -Berichterstattung durch die Presse. Dies gilt offenbar insbesondere für Gebiete, in denen die lokalen Behörden eine Mitverantwortung für die Ausbreitung von HIV tragen, wie etwa in der Provinz Henan. So berichtet AIDS-Aktivist Hu Jia in der Hongkonger Zeitung *Ming Pao* von massiven Einschüchterungen Betroffener durch Polizei und lokale Parteikader vor dem Besuch Wen Jiabaos in Henan im Februar. Problematisch scheint auch die mangelhafte Aufklärung der Bevölkerung zu sein. 77% wussten in einer Umfrage von 2003 nicht, dass die Übertragung von HIV durch Benutzung von Kondomen verhindert werden kann, und 17% hatten noch nicht einmal von der Krankheit AIDS gehört. HIV-Infizierte und deren Angehörige sind vielfach massiver sozialer Stigmatisierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Aus diesem Grund bedauert Shao Yiming, Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz, dass bis jetzt keine rechtlich wirksamen Antidiskriminierungsregeln im neuen Entwurf zur AIDS-Politik enthalten sind. Diskriminierung werde darin zwar verurteilt, jedoch nicht klar sanktioniert. Er fordert wirkungsvolle rechtliche Rahmenbedingungen, die HIV-Infizierten die Möglichkeit bietet gegen Benach-

teiligung etwa durch Arbeitgeber vorzugehen. Knappe Mittel im Gesundheitssektor sind ein weiteres Problem, wie Hao Yang vom Gesundheitsministerium eingesteht. Es mangle an ausgebildeten Ärzten zur Behandlung von AIDS-Kranken. In ganz China sind anscheinend nur 200 medizinische Fachkräfte direkt in der AIDS-Arbeit eingesetzt!

In China gab es 2004 offiziell 840.000 HIV-Infizierte. Unabhängige Quellen schätzen die Zahl allerdings auf weit über 1 Million. UNAIDS prognostiziert einen explosiven Anstieg der Infiziertenzahlen auf ca. 10 Mio. Fälle bis 2010, sollte die Regierung nicht schnelle Gegenmaßnahmen ergreifen. (WSJ, 9., 23.2., 21.3.05; *Ming Pao*, 10.2.05; XNA, 6.2., 12., 18., 24.3.05; ST, 21.3.05; www.businessfightsaids.org; <http://www.chinafoundation1.org/programs/aids.html>; <http://www.avert.org/aidschina.htm>) -Christoph Steinhardt-

26 Beijing verbessert Status der ländlichen Zuwanderer

Die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete am 26. März, dass der Beijinger Volkskongress beschlossen hat, das zehn Jahre alte Gesetz, das den Status von ländlichen Zuwanderern regelt, zu ändern. Mit diesem Schritt werden weitere Teile, der noch bestehenden Privilegien von Stadtbewohnern abgebaut. Mit diesem Schritt entspricht die Stadt Forderungen von Experten, die langfristig in der Stadt lebenden Bauernarbeiter den städtischen Bürgern gleichzustellen (s. C.a., 2005/1, Dok 21).

Die derzeit rund 3,5 Millionen ländlichen Migranten in Beijing können dann auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt die gleichen Rechte und öffentlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen wie die einheimischen Beijinger. Bisher unterlagen Zuwanderer vom Land noch weitreichenden Restriktionen und diskriminierenden Sondergebühren auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und bei der selbständigen Unternehmertätigkeit. Aus der Beijinger Polizei, zuständig für die Ertei-

lung von Aufenthaltsgenehmigungen (*hukou*), verlautete, man werde weiterhin spezielle Genehmigungen für Migranten ausstellen, die zeitlich begrenzt sind. Die Aufenthaltsgenehmigung sei das Schlüsselement zur Verwaltung der Migrantenpopulation und man werde es nicht vorzeitig aus der Hand geben. Verwaltungswissenschaftler Wang Yukai begrüßte die Abschaffung weiterer „diskriminierender Regeln“, stellte aber sich verschärfende Engpässe insbesondere bei Energie und Wasser durch den wachsenden Zuwanderungsdruck in Aussicht.

Bereits 2004 ging Beijing das Bildungsproblem der ca. 230.000 in der Stadt lebenden Migrantenkinder an und übernahm die Verantwortung für die neun Pflichtschuljahre der Zuwandererkinder. Beijinger Schulen wurde untersagt, Sondergebühren von Migrantenkindern zu nehmen und von Zuwanderern selbst eingerichtete und verwaltete Schulen sollen dabei unterstützt werden, die erforderlichen Standards zu erreichen. Ferner können Migranten mit begrenzten Aufenthaltsgenehmigungen ab Anfang dieses Jahres Autos mit Beijinger Kennzeichen erwerben. Man erwartet nun zwar einen Anstieg der Autoverkäufe in der Stadt um 100.000 pro Jahr, aber damit einhergehend auch größere Probleme der ohnehin katastrophalen Verkehrslage. Der Wissenschaftler Wang mahnte an, mit dem jetzt weiter aufgeweichten privilegierten Zugang zu öffentlichen Gütern sollten Maßnahmen einhergehen, welche die Ängste der Einheimischen vor Engpässen abmildern und so neuen sozialen Konflikten vorbeugen. (XNA, 17.8.04; C.a., 2005/1, Dok 19; XNA, 21.3.05; ST, 21.3.05; XNA, 26.3.05) -Christoph Steinhardt-

27 Warnung vor Kidnapping

Nach Angaben der chinesischen Regierung wurden im Jahr 2003 in China 3.863 Menschen entführt, ähnlich viele wie im Jahr zuvor. 2.900 der Fälle konnten von den Sicherheitsbehörden gelöst werden, wobei der Bericht allerdings nicht angibt, ob

die Opfer überlebten. Laut Xinhua werden diese oft getötet, unabhängig davon ob Lösegeld gezahlt wurde oder nicht. Besonders viele Kidnappingfälle gab es in den entwickeltesten Ostprovinzen, deren Polizeistationen zu erhöhter Aufmerksamkeit aufgefordert wurden.

Dass die Regierung vor allem die Neureichen – Unternehmer und Prominente – sowie Schüler und Studenten aus reichen Familien davor warnte, dass sie das größte Risiko hätten entführt zu werden, weist auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Nach Angaben des Nationalen Statistikbüros ist der Gini-Koeffizient, ein Maß für Ungleichheit, von 0,282 im Jahre 1991 auf 0,46 im Jahre 2003 gestiegen. China hat damit einen der höchsten Koeffizienten der Welt. Derzeit vereinen weniger als 20% der Bevölkerung über 80% des sozialen Reichtums auf sich; wobei Fachleute annehmen, dass dies noch zu niedrig angesetzt ist. Auf der anderen Seite kommen nur 10% der chinesischen Bevölkerung in den Genuss sozialer Sicherung. Nach einer jüngsten Untersuchung der Akademie für Sozialwissenschaften unter 50.000 städtischen Haushalten verfügten die reichsten 10-Prozent über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 13.322 Yuan (ca. 1.600 US\$), die ärmsten 10-Prozent aber nur über 1.400 Yuan.

Auch die steigende Zahl der Jugendkriminalität wird mit auf die wachsenden Einkommensunterschiede zurückgeführt. So stieg der Anteil der Jugendlichen an den Kriminellen von 2000 bis 2003 von 11,8% auf 18,9%. Ein Mitglied des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes nannte als Gründe u.a.: „Enlarging rich-poor wealth gap, inequality in receiving education, media publicity of extravagant livelihoods, the spread of pornography and drugs, a lack of caring attention for kids of single-parent families...“ (WSJ, 11.2.05; XNA, 1.3.04, nach BBC PF, 3.3.04; XNA, 10.3.05, nach BBC PF, 11.3.05) -gs-

Außenwirtschaft

Margot Schüller

28 Handelspartner Chinas fordern Beschränkung der Textilexporte

Nach der Aufhebung der Quoten im Textilhandel zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern Ende 2004 sind die Exporte Chinas in die USA und die EU sehr schnell gestiegen. Im ersten Monat dieses Jahres nahmen die Exporte von Textilien und Bekleidung aus China in die USA um 75% zu. Aufgeteilt nach Bekleidung und Textilien stiegen die Exporte von Bekleidung um 80% (auf 989 Mio. US\$) und die der Textilien um 43% (auf 540 Mio. US\$). Extrem hohe Zuwächse entfielen auf Baumwollhemden und Baumwollhosen.

Chinas Exporte in die EU nahmen im Januar um insgesamt 47% zu. Textilien nahmen um 43% (430 Mio. US\$) und Bekleidung ebenfalls um 43% (540 Mio. US\$) zu. Besonders schnell stiegen die Exporte von Damenhemden und -blusen.

Für die Konsumenten wirkt sich das hohe Angebot preissenkend aus. Dagegen fordern die Textilverbände in der EU und den USA, das die Regierungen Schutzmaßnahmen ergreifen. Die European Apparel and Textile Organization verlangte Anfang März d.J. von der EU und den Mitgliedsländern, für 12 Produktkategorien Schutzmaßnahmen zu veranlassen.

Die EU wies zwar darauf hin, dass es noch zu früh für eine entgeltliche Entscheidung sei, doch werde bereits über eine Verlangsamung der Textilimporte aus China in diesem Jahr nachgedacht. Die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsländer würden die Importzuwächse aus China überwachen und Kriterien für eine mögliche Reaktion ausarbeiten. Ziel sei es, keinen „damaging increase“ bei den Importen